

Vom Strafwerkhaus zum Justizzentrum

Die Geschichte des Gebäudes Detmold, Richthofenstraße 3

Das unter Denkmalschutz stehende Gebäude, in dem jetzt das Justizzentrum Sozial- und Arbeitsgericht Detmold untergebracht ist, wurde in den Jahren 1827/1828 als (neues) Strafwerkhaus (eine Mischung zwischen Zuchthaus und öffentlicher Arbeitsanstalt) an der Lemgoer Chaussee am Ende der Lemgoer Straße (heute Richthofenstraße 3) unter der Leitung des späteren fürstlich-lippischen Landbaumeisters Brune errichtet. Die Bauaufsicht oblag dem Bauinspektor Ferdinand Wiss. Die Grundsteinlegung erfolgte am 11. Mai 1827. Baumeister war der in Detmold viel beschäftigte Maurermeister Rackelmann, der auch die inzwischen abgerissene Kaserne I (Leopold-Kaserne) baute. Das neue Strafwerkhaus war als Ersatz für das seit 1801 neben dem Zuchthaus befindliche Arbeitshaus vorgesehen.

Bei der Grundsteinlegung waren u. a. anwesend der Regierungsrat Petri und der Rat Sterzenbach. Dieser war den Detmoldern bekannt als Kriminalrichter im Raubmordprozess Franz Böger im Jahre 1794. Bei der Grundsteinlegung hielt der Zimmergeselle Weber, der gerade Soldat war, die Baurede. Anschließend wurde zünftig mit Tanz in der daneben liegenden Scheune der Witwe des Kaufmanns Koch gefeiert.



Das Strafwerkhaus im Jahre 1870

Quelle: Übernommen aus „Detmold in alten Ansichten“ von dem Verlag Europäische Bibliothek

Bei dem Gebäude handelt es sich um einen klassizistischen Putzbau mit Werksteingliederung, einem hohen Sockelgeschoss mit zwei Hauptgeschossen und Walmdach. Zur Straßenfront befinden sich zwei vorspringende Gebäudeteile. Die Grundform wiederholt den Standardtyp des hoheitlichen Barockbaues mit von zwei Flügeln gefassten Ehrenhof und geschwungener Freitreppe. Im Mittelteil der Straßenfront wurde eine doppelläufige Freitreppe angebracht. Über die Wahl gerade dieses Grundtyps von 1700 für ein Arbeitshaus des 19. Jahrhunderts kann nur spekuliert werden; das überlieferte Hoheitsmotiv könnte den Zeitgenossen als „sprechende Architektur“ die Achtung vor der Obrigkeit stärker vermittelt haben als die eher abstrakte Idealität einer griechisch-römischen Tempelfront es vermocht hätte.

In dem Mitteltrakt waren Gemeinschaftsräume wie Speise- und Betsaal geplant, während die Seitenflügel links den Männern und rechts den Frauen mit Arbeits- und Schlafkammern sowie den notwendigen Nebenräumen für Arbeitsutensilien und -materialien, aber auch Krankenkammern, Wäschekammern und Aborten vorbehalten waren. Außerdem enthielt das Bauprogramm im Souterrain Bad, Waschküche, Backofen und „Strafgefängniszellen“.

In das Strafwerkhaus wurden Bettler, Landstreicher, Trunksüchtige, Prostituierte und ähnliche „Corrigeden“ für 14 Tage, im Wiederholungsfall für drei Monate eingewiesen. Die Arbeit bestand hauptsächlich im Spinnen von Wolle und Flachs.

Über die im Strafwerkhaus herrschenden Verhältnisse ist nicht viel bekannt; ein kleiner Einblick in die damaligen Zustände ist der Kriminalgeschichte „Postmeister Runnenberg, ein Untersuchungsgefangener im Strafwerkhaus 1846“, zu entnehmen. Dieser Bericht ist in den von dem Naturwissenschaftlichen und Historischen Verein für das Land Lippe e.V. herausgegebenen „Lippischen Mitteilungen aus Geschichte und Landeskunde“, im Band 29, 1960, S. 127 ff, abgedruckt (zu finden über „Digitale Sammlungen“ der Lippischen Landesbibliothek: www.llb-detmold.de).

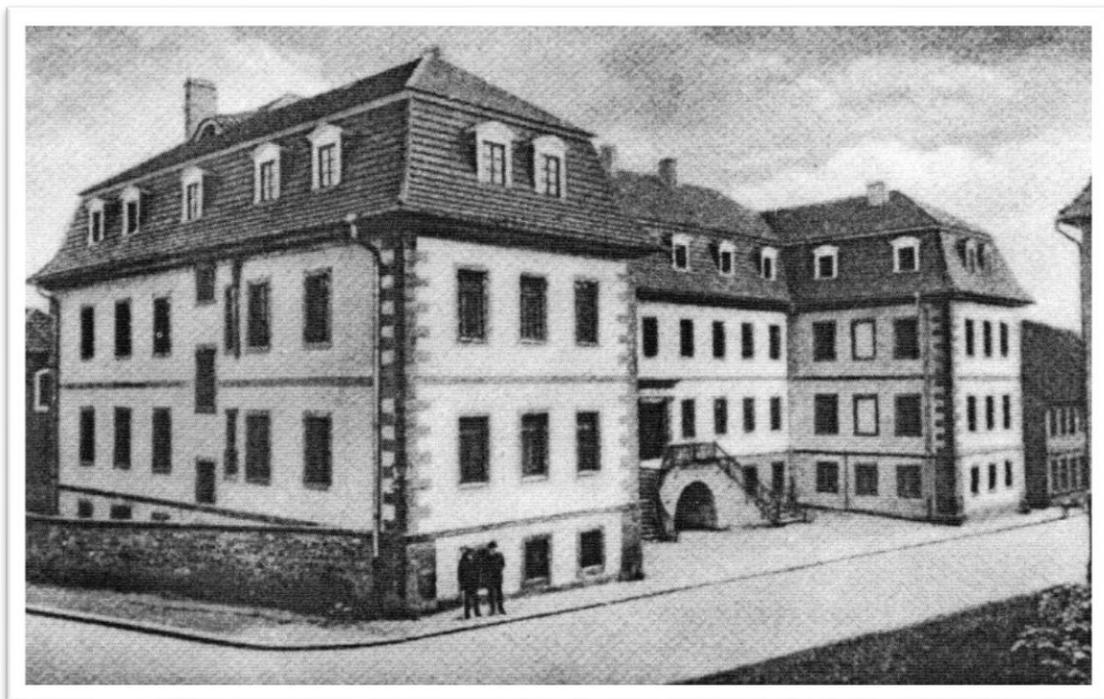
In der Zeit von 1870 bis 1945 wurde das Gebäude als Kaserne und Zeughaus genutzt. Es beherbergte eine Kompanie. Ein Teil der Soldaten, ausschließlich Verheiratete, war jedoch in Bürgerquartieren der Stadt untergebracht. Es ist davon auszugehen, dass hier auch die über die Grenzen Lippes hinaus bekannten Lippischen Schützen stationiert waren.



**Grußkarte Lippe-Detmold, Datum unbekannt,
Color-Zeichnung des Lippischen Schützen und Text des Liedes
"Lippe Detmold, eine wunderschöne Stadt"**

Quelle: Stadtarchiv Detmold Bildarchiv Nr. 3237

Während der Zeit der militärischen Nutzung ist das Gebäude mehrfach verändert worden. So wurden u. a. das Treppenhaus verlegt und das Dachgeschoss ausgebaut. Die folgende Aufnahme zeigt das Gebäude um 1914. Deutlich sichtbar ist das ausgebaut Mansardendach.



Postkarte vor 1914

Quelle: Landesarchiv NRW, Abteilung Ostwestfalen-Lippe, Detmold, LAV NRW OWL D 75 Nr. 9863



Quelle: unbekannt*

Diese Aufnahme zeigt die in der Kaserne II stationierte 16. Kompanie des Infanterie-Regiments Nr. 18 bei der Waffenkunde bzw. Waffenreinigen auf dem Innenhof im Jahre 1928.



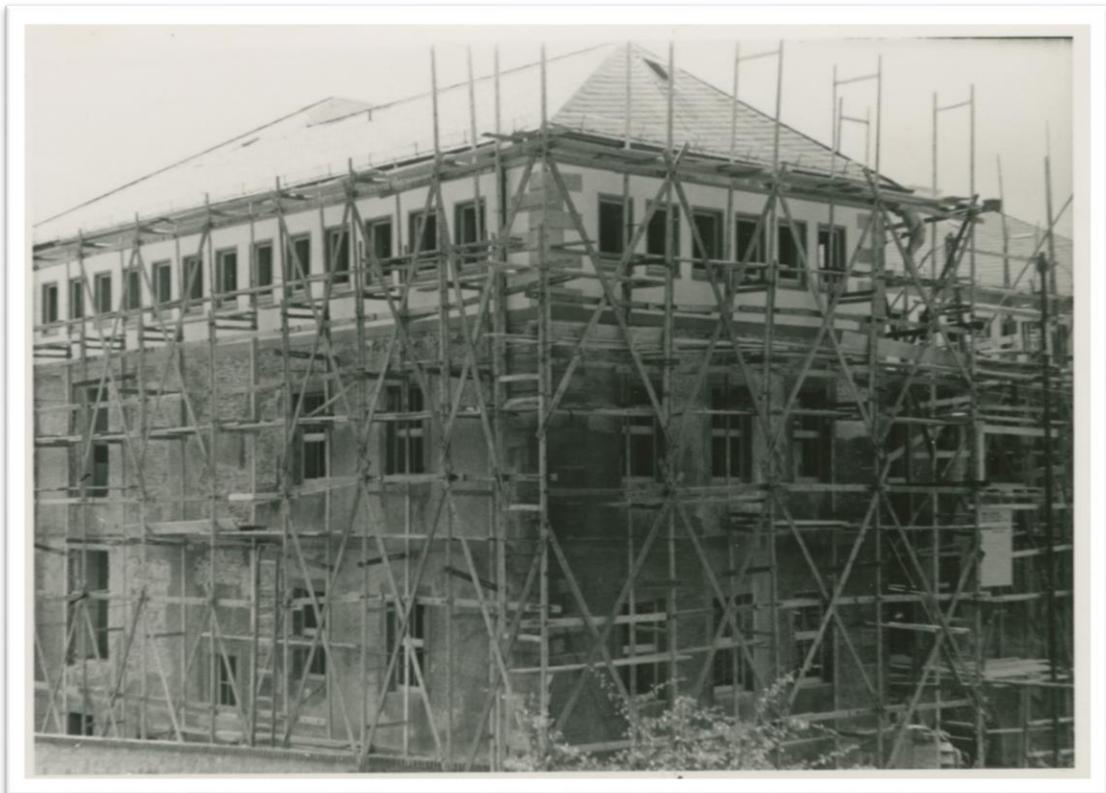
Kaserne II im Jahr 1938

Quelle: unbekannt*

In den 30er Jahren des 20. Jahrhunderts wurde an der Ostseite des Hauptgebäudes ein zweigeschossiger Anbau errichtet, der bis 1945 als Wirtschaftsgebäude genutzt wurde.

Das Hauptgebäude geriet am 04. April 1945 in Brand. Das Gebäude war daraufhin so stark beschädigt, dass eine Nutzung fortan nicht mehr möglich war.

Erst im Jahre 1951 erfolgte im Auftrag des Regierungspräsidenten der Wiederaufbau unter Verwendung der massiven Mauerreste. Das Mansardendachgeschoss wurde als vollwertiges drittes Obergeschoss hergerichtet. Die Wiederaufbaukosten beliefen sich auf 375.000,00 DM. In dem unbeschädigt gebliebenen Anbau waren bis 1958 Flüchtlingsfamilien untergebracht.





Blicke auf das eingerüstete Gebäude im Jahre 1951

Quellen: Landesarchiv NRW, Abteilung Ostwestfalen-Lippe, Detmold, LAV NRW OWL D 75 Nr. 9433



Das Behördenhaus im Jahr 1951 nach dem vollendeten Wiederaufbau

Quelle: Landesarchiv NRW, Abteilung Ostwestfalen-Lippe, Detmold, LAV NRW OWL D 75 Nr. 9951



Der Eingangsbereich des Behördenhauses im Jahr 1951

Quellen: Landesarchiv NRW, Abteilung Ostwestfalen-Lippe, Detmold, LAV NRW OWL D 75 Nr. 9433

Im Eingangsbereich wurden die Symbole der im Jahre 1951 vorhandenen Land- und Stadtkreise des Regierungsbezirks Detmold mit terrakotta-farbigen Ornamenten angebracht.



Quellen: Landesarchiv NRW, Abteilung Ostwestfalen-Lippe, Detmold, LAV NRW OWL D 75 Nr. 9433

Nach dem Wiederaufbau wurde das Hauptgebäude von dem Regierungspräsidenten in Detmold als Behördenhaus mit den Abteilungen Verkehrsdezernat, Gewerbeaufsichtsamt, Schulamt, Forstamt, Staatshochbauamt und Amt für Besatzungskosten genutzt. Außerdem war bis Ende 1953 in diesen Räumen das Oberversicherungsamt untergebracht, dem Rechtsvorgänger des heutigen Sozialgerichts.

Der Anbau des Behördenhauses wurde in den Jahren 1958 und 1959 Grund instandgesetzt, um ein Geschoss aufgestockt und für die Staatliche Büchereistelle ausgebaut.

Das Grundstück nebst den darauf befindlichen Gebäuden befand sich nach dem 2. Weltkrieg zunächst im Eigentum des Bundes. Im Jahr 1957 erfolgte der Verkauf des Kasernengrundstücks an das Land Nordrhein-Westfalen. Als Gegenleistung für den Verkauf hat das Land Nordrhein-Westfalen dem Bund das landeseigene Grundstück in Bonn, Kiefernweg 12, veräußert (siehe BT-Drucksache 2/3383 vom 04.04.1957). In dem auf diesem Grundstück befindlichen Gebäude befanden sich bis 1974 die Dienstwohnungen des Bundesaußenministers. Anschließend wurde das Anwesen vom Auswärtigen Amt als Gästehaus, zeitweise auch zur Unterbringung von Staatsgästen, genutzt. Nach der Bundestagswahl 1998 bewohnte der damalige Bundeskanzler Gerhard Schröder die Villa für einige Wochen. Nach dessen Auszug stand das Gebäude leer (aufgrund der Verlegung des Regierungssitzes nach Berlin im Jahre 1999 wurde das Haus nicht mehr vom Auswärtigen Amt benötigt) und wurde schließlich 2007 an eine Immobiliengesellschaft veräußert.



Das Behördenhaus im Jahr 1956

Quelle: Stadtarchiv Detmold DT BA Nr. 1598

Zum 01. Januar 1954 wurde durch den Gesetzgeber die Sozialgerichtsbarkeit geschaffen. In Nordrhein-Westfalen wurden Sozialgerichte in Detmold, Dortmund, Düsseldorf, Köln und Münster errichtet. 1959 kamen die Sozialgerichte Aachen, Duisburg und Gelsenkirchen hinzu.

Das Sozialgericht Detmold konnte die in der Richthofenstraße 3 vorhandenen Räumlichkeiten des Oberversicherungsamts nicht übernehmen, da der Regierungspräsident diese Räume selber benötigte. So wurden zum 01. Januar 1954 von der Bundesfinanzverwaltung (Bundesvermögensstelle Bielefeld) 21 Dienstzimmer mit einer Gesamtgröße von 507,79 m² im Erdgeschoss und zweiten Obergeschoss des Blocks 4 der Kaserne III (Emilienkaserne) in Detmold, Emilienstraße 37 (55er Straße), angemietet. Die Kaserne war zuvor von den britischen Streitkräften genutzt worden.

Neben dem Sozialgericht befanden sich in dem Gebäude noch das Polizei- und Feuerschutzdezernat sowie das obere Umlegungsdezernat des Regierungspräsidenten.

Die Betreuung des Gebäudes oblag dem Hausmeister Nohl, dem eine Dienstwohnung in dem Haus zugewiesen worden war. Für die erforderliche Erstanschaffung der Einrichtungsgegenstände (Büromöbel, Besucherstühle, Beleuchtungskörper, Schreibmaschinen, Kleiderschränke, Aktenregale und Ähnliches) wurden Mittel in Höhe von insgesamt 22.690,67 DM aufgewandt.



Ehemalige Emilienkaserne (Aufnahme von 2004)

Quelle: Justiz NRW

Die in der Emilienkaserne zur Verfügung stehenden Räumlichkeiten waren allerdings bei weitem nicht ausreichend; nach der Raumbedarfsermittlung vom 26. Januar 1954 wurden für die 60 Bediensteten des Sozialgerichts einschließlich der erforderlichen zwei Sitzungssäle und eines Untersuchungsziimmers insgesamt 880 m² benötigt. Die Suche nach weiteren Büroräumen in Detmold musste daher fortgesetzt werden. Zum 01. September 1954 konnten die ehemaligen Praxisräume eines Röntgenarztes in Detmold, Wiesenstraße 3, mit insgesamt 11 Dienstzimmern und einer Nutzungsfläche von 196,41 qm angemietet werden.

Die Abteilungen des Sozialgerichts waren wie folgt untergebracht:

In der Emilienstraße 37 (55er Straße) befanden sich die Kammern für Kriegsopferversorgung, Invalidenversicherung sowie für Unfallversicherung einschließlich der Unfallversicherung für den Bergbau; in den Räumlichkeiten der Wiesenstraße 3 waren die Verwaltung des Sozialgerichts sowie die Kammern für Angelegenheiten der Sozialrichter, Kassenarztrecht und Kassenärzte, Krankenversicherung, Angestelltenversicherung, Arbeitslosenversicherung sowie Knappschaftsversicherung untergebracht.

Mit der Anmietung der Räumlichkeiten in der Wiesenstraße 3 war die Raumnot des Sozialgerichts Detmold zunächst gelöst; jedoch war auf Dauer eine Aufteilung der Abteilungen auf zwei ca. 1,0 km voneinander entfernt liegenden Häusern für Publikum und Geschäftsbetrieb unbefriedigend.



Anmietung Wiesenstraße 3 (Aufnahme 1988)

Quelle: Stadtarchiv Detmold, DB BA 4138

Mitte der fünfziger Jahre entschied sich die zweckmäßige Unterbringung aller Justizbehörden in Detmold. Zunächst plante der Regierungspräsident, die bisher von den Justizbehörden der ordentlichen Gerichtsbarkeit (Amts- und Landgericht, Staatsanwaltschaft) genutzten Gebäude einschließlich der Räume der Kreissparkasse am Kaiser-Wilhelm-Platz zu übernehmen und auszubauen. Es wurde sogar eine Aufstockung der historischen Gebäude unter Abriss des Turmes des Amtsgerichts in Erwägung gezogen. Für alle Justizbehörden einschließlich des Sozial- und Arbeitsgerichts sollte nach Abbruch des alten Kasernengebäudes an der Leopoldstraße auf diesem Gelände ein Neubau errichtet werden.

Diese Pläne sind jedoch verworfen worden; auf dem Gelände der Leopoldkaserne wurde bekanntlich der Neubau der Bezirksregierung errichtet. Die Justiz erwarb sämtliche Gebäude am Kaiser-Wilhelm-Platz. Leider war hier für die Sozialgerichtsbarkeit kein Platz, so dass die - wie in der örtlichen Presse zu lesen war - "kümmerliche Unterbringung" des Sozialgerichts in Detmold fortbestand. Dieser Zustand änderte sich erst im Sommer des Jahres 1961. Nach Umzug der Dezernate der Bezirksregierung in den Neubau an der Leopoldstraße fand das Sozialgericht Detmold im Behördenhaus Richthofenstraße 3 seine endgültige Heimat. Der Umzug erfolgte in der Zeit vom 26. - 30. Juni 1961. Mit dem Sozialgericht waren fortan in diesem Gebäudekomplex das Staatliche Gewerbeaufsichtsamt, die staatliche Büchereistelle sowie das Staatshochbauamt untergebracht.



Blick auf die Richthofenstraße; Bildmitte der Gasthof zum Stern, dahinter das heutige Sozialgericht (1955)

Quelle: Landesarchiv NRW, Abteilung Ostwestfalen-Lippe, Detmold, LAV NRW OWL D 75 Nr. 9951

Nach dem Auszug der Staatlichen Büchereistelle wurde in den Jahren 1978 bis 1981 im Rahmen von Wärmedämmmaßnahmen sämtliche Außenfenster durch Fenster mit Thermopaneverglasung ersetzt; außerdem wurde der Außenanstrich erneuert. 1980 erhielt das Staatliche Gewerbeaufsichtsamt im Hinterhof des Behördenhauses einen Büropavillon, der von dem Grundstück des Regierungspräsidenten umgesetzt wurde.



Das Behördenhaus im Jahre 1983 nach der Renovierung in den Jahren 1978 - 1981

*Quelle: unbekannt**

Am 16. April 1985 wurde das Gebäude des Sozialgerichts Detmold in die Liste der Baudenkmäler der Stadt Detmold eingetragen (Denkmalnummer 078).



Im Eingangsbereich des Sozialgerichts befindet sich der Hinweis auf die Denkmaleigenschaft

Quelle: Justiz NRW

1987 erfolgte der Einbau eines Aufzugs im Hauptgebäude.

Die durch den Umzug des Staatshochbauamtes Detmold im Jahre 1990 in das ehemalige Gebäude der Kreispolizeibehörde Detmold, Hornsche Straße 59, frei gewordenen Büroräume im Anbau wurden zunächst größtenteils durch das Staatliche Gewerbeaufsichtsamt belegt. Dadurch konnte der Büropavillon für die Nutzung als Diensträume aufgegeben werden. Er diente sodann als Materiallager und Sozialraum des Reinigungspersonals. 1993 bezog das Staatliche Gewerbeaufsichtsamt eine Nebenstelle in der Feldstraße 58, so dass die Dienstzimmer in dem Anbau des Behördenhauses nicht mehr benötigt wurden.

Diese Büroräume bezog im gleichen Jahr das Arbeitsgericht Detmold. Im Hinblick auf die in den nächsten Jahren beabsichtigte Grundinstandsetzung des gesamten Gebäudetraktes wurde zunächst von einer Renovierung der Büroräume abgesehen. Auch wurde der Umbau des zweiten Obergeschosses des Anbaus zurückgestellt; in dem dort befindlichen ehemaligen Zeichensaal des Staatshochbauamtes sollten für das Arbeitsgericht zwei Sitzungssäle nebst Beratungszimmern und Wartezone eingerichtet werden. Die Sitzungen des Arbeitsgerichts mussten weiterhin im Gebäude des Amtsgerichts Detmold durchgeführt werden. 1995 wurden im Hauptgebäude die Toiletten erneuert sowie die Sitzungssäle des Sozialgerichts vergrößert und instandgesetzt.

Mit Wirkung vom 01. Februar 1997 wurde die Hausverwaltung des Behördenhauses dem Präsidenten des Sozialgerichts Detmold übertragen. Im selben Monat erfolgte der Umzug des Staatlichen Gewerbeaufsichtsamtes (jetzt Staatliches Amt für Arbeitsschutz) in das ehemalige Gebäude des Staatlichen Veterinäruntersuchungsamtes Detmold, Willi-Hofmann-Straße 33 A.

Somit stand nunmehr der gesamte Gebäudekomplex dem Sozial- und Arbeitsgericht Detmold zur Verfügung. Im Sommer 1997 konnte endlich mit der schon seit längerer Zeit geplanten Grundinstandsetzung des gesamten Gebäudes begonnen werden. Im ersten Bauabschnitt wurden im Hauptgebäude die Dienstzimmer des zweiten Obergeschosses saniert; außerdem erfolgte die Erneuerung der Heizungsanlage. Im Nebengebäude (Anbau) konnten die vorgesehenen Sitzungssäle für das Arbeitsgericht fertig gestellt werden. Außerdem erfolgten in diesem Gebäudeteil die Renovierung der Büroräume im ersten Obergeschoss und die Einrichtung der Bücherei.

Im zweiten Bauabschnitt 1998 konnte nach der Instandsetzung der im Erdgeschoss des Nebengebäudes gelegenen Dienstzimmer die Renovierung der Räumlichkeiten des Arbeitsgerichts abgeschlossen werden. Im Hauptgebäude wurden zeitgleich die Dienstzimmer des zweiten Obergeschosses saniert.

Im Rahmen des dritten Bauabschnittes 1999 wurden die weiteren Büro- und Kellerräume des Hauptgebäudes instandgesetzt. Ferner wurde die Telekommunikationsanlage erneuert. Der seit 1997 leer stehende asbestbelastete Pavillon konnte abgerissen werden.



Quelle: Justiz NRW



Quelle: Justiz NRW



Quelle: Justiz NRW

Während der gesamten Umbaumaßnahmen musste der Dienstbetrieb im Behördenhaus weitergehen.

Zum Zwecke der gemeinsamen Nutzung von Ressourcen und zur synergieschaffenden Zusammenarbeit wurde mit Verwaltungsvereinbarung vom 11. August 1999 zwischen dem Präsidenten des Sozialgerichts Detmold und dem Direktor des Arbeitsgerichts Detmold das Justizzentrum Sozial- und Arbeitsgericht Detmold geschaffen.

Mit dem vierten Bauabschnitt im Jahre 2000 wurde das Dach sowie die zum Innenhof liegende Außenfassade des Nebengebäudes (Arbeitsgericht) erneuert, außerdem wurde der Innenhof des Justizzentrums neu gestaltet und eine Garage für den Dienstwagen errichtet.

Durch den fünften Bauabschnitt 2001 wurde der historische Eingangsbereich des Sozialgerichts (Außentreppe) modernisiert.



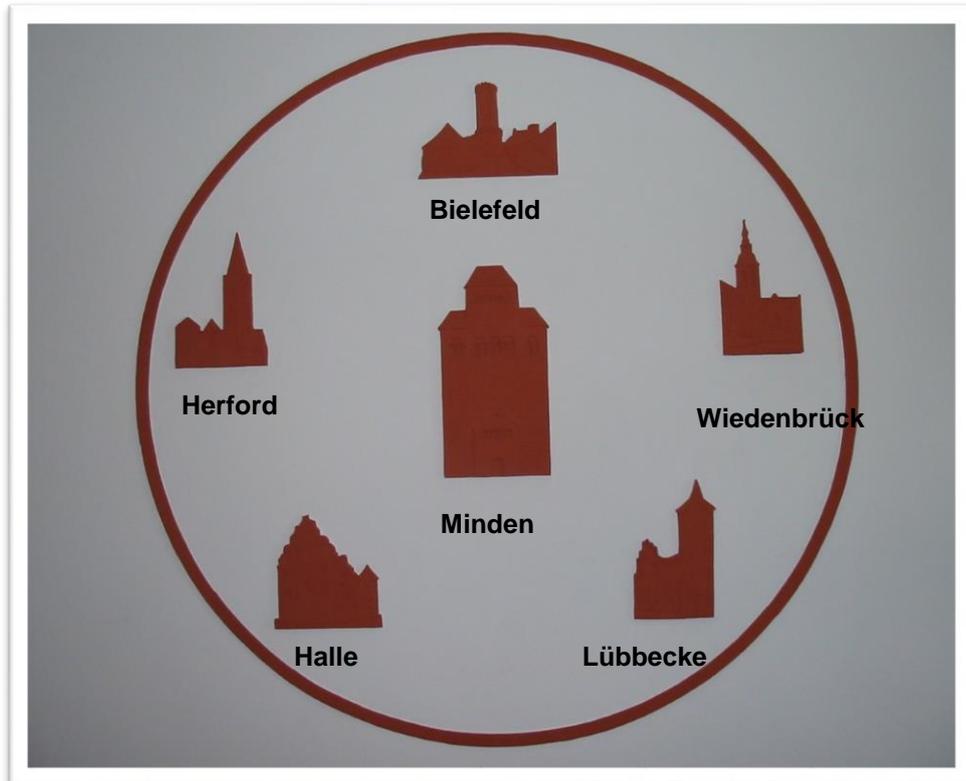
Eingangsbereich im Jahre 1996 vor dem Umbau

Quelle: Justiz NRW

Im Jahre 2002 (sechster Bauabschnitt) erfolgte der Umbau der Pforte mit Installation der Sicherheitsschleuse. Die bisher im Eingangsbereich des Sozialgerichts angebrachten Symbole der im Jahre 1951 vorhandenen Land- und Stadtkreise des Regierungsbezirks Detmold wurden in die Wartezone des ersten Obergeschosses verlegt.



Quelle: Justiz NRW



Quelle: Justiz NRW

Mit der Sanierung der Außenfassade des Hauptgebäudes im Jahr 2003 (siebter Bauabschnitt) konnte die Grundinstandsetzung des Justizzentrums abgeschlossen werden. Die Gesamtkosten der Umbaumaßnahme betrugen umgerechnet 1.636.000,00 €.

Im Rahmen der Grundinstandsetzung wurden auch die Voraussetzungen für die Einrichtung von Serviceeinheiten geschaffen. Außerdem erhielten sämtliche Dienstzimmer eine LAN-Verkabelung.

Nach der Grundinstandsetzung betrug die Hauptnutzungsfläche des Sozialgerichts 1.607,22 m²; für das Arbeitsgericht standen 685,16 m² zur Verfügung.



Quelle: Justiz NRW

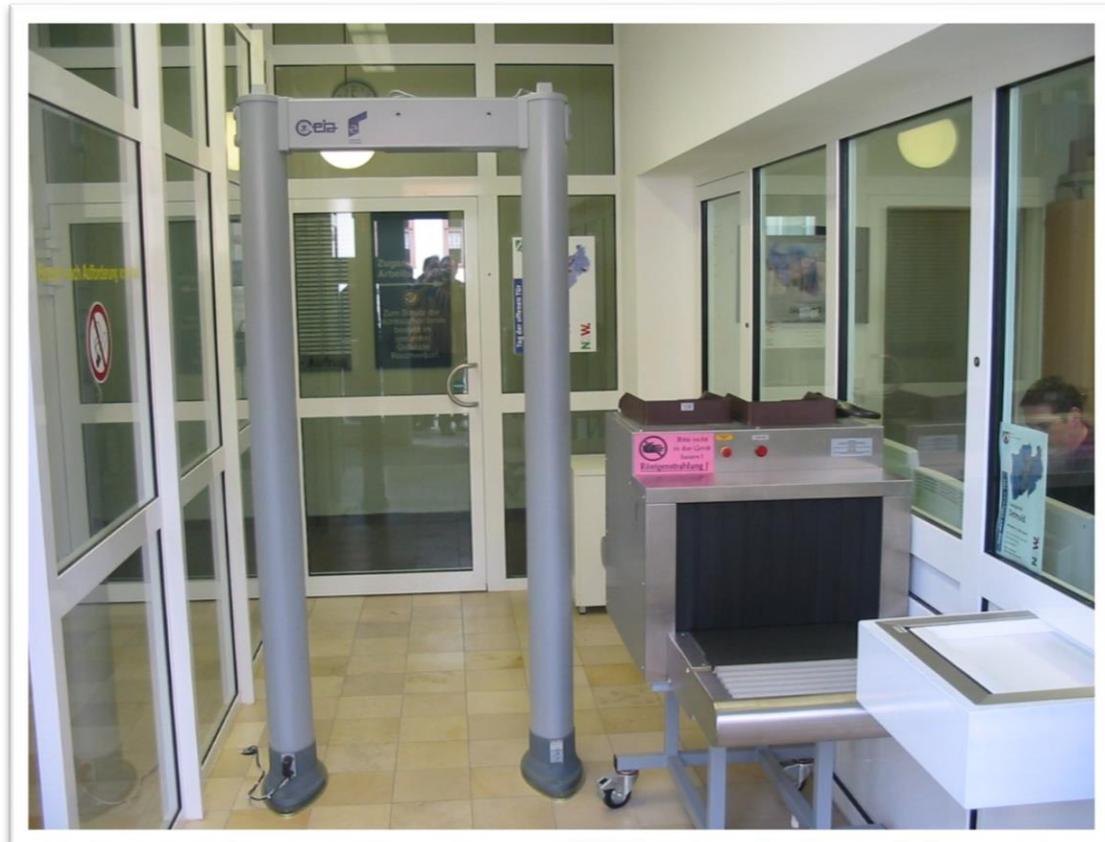


Ansichten von 2004
Quellen: Justiz NRW



Serviceeinheit 2004

Quelle: Justiz NRW



Sicherheitsschleuse 2004

Quelle: Justiz NRW

Mit dem Gesetz zur Errichtung eines Sondervermögens „Bau- und Liegenschaftsbetrieb des Landes Nordrhein-Westfalen“ vom 12. Dezember 2000 (GV. NRW. 2000 S. 754 ff.) ging die Eigentümer- und Bewirtschaftungsfunktion sämtlicher Landesliegenschaften (Planen, Bauen, Gebäudemanagement) zum 01. Januar 2001 auf den Bau- und Liegenschaftsbetrieb NRW über. Die tatsächliche Übernahme des Justizzentrums wurde mit Mietvertrag vom 13. Juli 2002 vollzogen. Die Eintragung der Eigentümerfunktion in das Grundbuch des Amtsgerichts Detmold erfolgte am 06. Juni 2005.

Im Jahr 2010 erfolgte der Ausbau des Hasselter Platzes zu einem Verkehrsknotenpunkt, der Busspuren und Radwege erhielt. Am Knotenpunkt Richthofenstraße/Siegfriedstraße/Brunnenstraße wurde ein Kreisverkehr mit 30 Metern Durchmesser geschaffen. Von der zunächst geplanten Offenlegung der Kleinen Werre wurde abgesehen. Stattdessen wurde das verrohrte Gewässer vom Parkplatz des Sozialgerichts über die nordwestliche Seite des Gerichtsgrundstücks zur Richthofenstraße verlegt. In der Richthofenstraße wurden die Abwasserkanäle, Wasserleitungen, Telekom-Kabel sowie Fernwärmeleitungen erneuert. Anschließend erfolgte die Erneuerung der Bürgersteige und der Straßenbelege.



Blick auf den neuen Kreisverkehr Richtung Hasselter Platz 2017

Quelle: Justiz NRW

In den Jahren 2010, 2012, 2015 und 2016 wurden die denkmalgeschützten Außenfenster und -türen des Arbeits- und Sozialgerichts erneuert. Die Kosten hierfür betragen rund 390.000 €. Der Anschluss des Justizzentrums an das Fernwärmenetz der Stadtwerke Detmold wurde im Jahr 2012 hergestellt.

Aktuell (Stand: Oktober 2017) beträgt die Hauptnutzungsfläche des Sozialgerichts 1.764,85 m² und die des Arbeitsgerichts 600,49 m².

Im August des Jahres 2017 wurde die Umgestaltung des Hasselter Platzes mit der Errichtung eines Geschäfts- und Parkhauses auf dem in unmittelbarer Nachbarschaft des Justizzentrums befindlichen Grundstücks abgeschlossen.



Neu gestalteter Hasselter Platz 2017

Quelle: Justiz NRW

Autor:

Regierungsrat
Alfred Eickmann
Diplom-Rechtspfleger
Geschäftsleiter des
Sozialgerichts Detmold

Stand: 01.10.2017

*Trotz aufwändiger Recherche konnten bei einigen Aufnahmen die Quellen nicht (mehr) ermittelt werden. Freundliche Hinweise werden gerne entgegengenommen.